



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 03. September 2013
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Stefan Spallek

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr
Beginn (öffentlicher Teil): 19:05 Uhr

Ende: 19:05 Uhr
Ende: 20:25 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 29/13, 30/13

(Drucksachenband 177)

Drucksachenlisten DL Nrn. 178/13

(Drucksachenband 178)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0065 Tagesordnung

1. Der Antrag unter Punkt 5 der heutigen Sitzung wird von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen (s. auch Beschluss Nr. 0066).
2. Ansonsten bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig

0066 13-F-03-0093

Folklore Festival auf dem Schlachthofgelände erhalten!
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 26.08.2013 -

Von Antrag stellender Fraktion zurückgezogen.

0067 Genehmigung der Niederschrift vom 25.06.2013

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 25.06.2013 wird genehmigt.

Einstimmig

Zum nachfolgenden Punkt tagt der Ausschuss gemeinsam mit dem Ausschuss für Frauenangelegenheiten.

0068 13-F-03-0024

Warmes Wiesbaden
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 21.02.2013 -

Die Präsentation von Frau Keller (Warmes Wiesbaden) und Herrn Schneider (AIDS-Hilfe Wiesbaden) wird zur Kenntnis genommen, wird den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt und ist Anlage zur heutigen Niederschrift.

0069 13-A-21-0001

Finanzielle Situation des Vereins MUSE

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 03. September 2013**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Zu diesem Punkt sind Frau Erdem (Geschäftsführerin) und Frau Tatari (Amt für Integration und Zuwanderung) anwesend.

Die Präsentation wird den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt und ist Anlage zur heutigen Niederschrift.

Vors. Spallek stellt abschließend fest, dass es den Fraktionen überlassen bleibt, für die bevorstehenden Haushaltsberatungen einen Antrag einzubringen, um MUSE finanziell zu unterstützen.

0070 13-F-33-0071

Anerkennung von ausländischen Abschlüssen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 28.08.2013 -

Vors. Spallek begründet den Antrag.

Frau Rudolph (Leiterin des Amtes für Zuwanderung und Integration) schlägt vor, die vorgesehene Befragung abzuwarten, um dann einen Bericht über das reine Zahlenwerk hinausgehend liefern zu können.

Der Ausschuss ist mit diesem Verfahren einverstanden.

Einstimmig angenommen

0071 13-F-05-0010

Städtepartnerschaft mit Montreux
- Antrag der FDP-Fraktion vom 26.08.2013 -

Frau Nollert (Hauptamt) berichtet, dass das Hauptamt einmal im Jahr alle Dezernate nach Aktivitäten mit den Partnerstädten abfragt und die Zusammenstellungen alle im Hauptamt einsehbar sind. Zwischen Montreux und Wiesbaden bestünden Kontakte im schulischen und musikalischen Bereich. Es sei bekannt gewesen, dass die Partnerschaft in diesem Jahr 60 Jahre besteht, aber man sei zurückhaltend gewesen, weil nicht jedes Jubiläum gefeiert würde, sondern man sich auf Feierlichkeiten zum 25., 50., 75. Bestehenden geeinigt habe.

Der Stadtpräsident aus Montreux sei kürzlich in Wiesbaden gewesen, um den neuen Oberbürgermeister kennenzulernen. Es sei eine lebendige Partnerschaft und es gäbe viele Anknüpfungspunkte. So hätte man in Montreux das Jazzfestival und hier das Rheingauer Musikfestival.

Eine Partnerschaft lebt grundsätzlich durch die Aktivitäten und das Engagement der Bürgerschaft. Leider gäbe es aber keinen Partnerschaftsverein. Das Ehepaar Stockhausen plane aber, einen solchen zu gründen.

Demnächst wird eine Schülergruppe aus Montreux erwartet, mit der Oberbürgermeister Gerich in den Klettergarten gehen würde. Im Gegenzug reist u.a. die Prinzengarde nach Montreux.

Frau Nollert steht den Ausschussmitgliedern gern mit Rat und Tat zur Seite.

Der Antrag hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 03. September 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Einstimmig

0072 13-F-03-0095

NPD-Kundgebung am 26.08.2013
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 26.08.2013 -

Stv. Kisseler begründet den Antrag.

Herr Tischel (Ordnungsamt) berichtet, dass es 3 Kundgebungen gegeben hat und alle genehmigt worden seien. Dazu gab es noch weitere Anfragen. Man habe aber keine weitere Front mehr aufmachen wollen. Man habe Kooperationsgespräche geführt und einen Lösungsweg gefunden.

Stv. Kisseler fragt nach der heutigen Veranstaltung in Wiesbaden, die nach seinen bisherigen Erkenntnissen nicht glimpflich abgegangen sei.

Vors. Spallek wirft ein, dass die Verwaltung dazu sicher noch gar nichts wird sagen können. - es handelt sich ja noch um ein laufendes Verfahren.

Herr Tischel ist gerade von dieser Demo gekommen. Gegendemonstranten hätten eine Sitzblockade gemacht, waren nicht bereit zu gehen und wurden weggetragen. Es habe 2 Platzverweise gegeben, aber alles sei auf jeden Fall glimpflich abgelaufen.

Nach Erkenntnissen von Dr. Delbasteh wollte die Tauhid-Gemeinde bei den Gebeten, die in der Demonstrationszeit stattfinden würden, nicht gestört werden.

Lt. Herrn Tischel habe man mit den Moscheevereinen von Anfang an gesprochen. Sie wussten, dass es kaum eine Möglichkeit gibt, die Demo zu verhindern. Es war aber insgesamt unproblematisch. Die Demonstranten von Pro Deutschland waren unzufrieden, weil nur Behördenvertreter da waren. Ein Verbot der Demonstration war nicht möglich, weil keine Verbotgründe vorlagen.

Der Antrag hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0073 11-F-33-0013

Jugendschutz forcieren - erfolgreiche Präventionsarbeit ausbauen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 16.06.2011
-

Die Fragen von Stv. Weck nimmt Herr Tischel auf und leitet sie intern weiter. Das zuständige Dezernat wird eine Antwort vorlegen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Dadurch hat der gem. Antrag seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 03. September 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0074 12-F-33-0077

FußgängerInformation über das Wiesbadener Original Waldemar Reichardt, genannt
,Knoblauch-König`
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 24.05.2012 -

Der Zwischenbericht wird zur Kenntnis genommen. Der Abschlussbericht wird zu gegebener Zeit vorgelegt.

Einstimmig

0075 13-F-33-0041

Jugendkriminalität in Wiesbaden
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 07.05.2013 -

Stv. Weck bedankt sich für den Bericht und hält den Hauptpunkt für gut geklärt. Die Fraktionen mögen sich Gedanken zu den einzelnen Aussagen machen. Die Straftaten von Erwachsenen im Bereich "Straßenkriminalität" seien signifikant gesunken, die von Jugendlichen gleich geblieben. Man müsse überlegen, ob man hier kreativ ansetzen könne. Allerdings wird das haushaltstechnisch nicht ohne weiteres möglich sein.

Herr Yilmaz - Vertreter des Ausländerbeirats - fragt nach, ob der Ausländerbeirat den Bericht ebenfalls erhalten könne.

Vors. Spallek bittet ihn, sich an die Geschäftsstelle des Ausländerbeirates zu wenden.

Stv. Schickel weist darauf hin, dass ein Teil der Zielgruppe männlich und ohne Berufsausbildung ist. Herr Brülle hat bei der SPD einen Vortrag dazu gehalten. Diese Gruppe sei nicht völlig vergessen. Man sei nicht nur aus humanitären Gründen an einer Lösung des Problems interessiert.

Der gem. Antrag hat seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0076 13-F-33-0056

Kontakte zu US-Amerikanern
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 19.06.2013 -

Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Stv. Kisseler fragt nach, ob die angegebene Mailadresse aktuell sei.
Die Geschäftsstelle wird dies klären und dann informieren.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 03. September 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Einstimmig

0077 13-V-12-0001

Repräsentative Befragung zu Mediennutzung, Kommunikationsverhalten und kommunalpolitischer Teilhabe der Wiesbadener Bevölkerung 2012

Stv. Dumont du Voitel findet es sehr gut, dass 80 % der Bevölkerung überwiegend deutschsprachige Medien nutze.

Stv. Apel weist darauf hin, dass der Begriff „Migrationshintergrund“ sehr weit gefasst sei. Sie selber habe durch Heirat einen Migrationshintergrund, spreche aber deutsch.

Stv. Dumont sieht es trotzdem als gutes Mischverhältnis an.

Die Studie soll in einer der nächsten Sitzungen im Ausschuss vorgestellt werden.

Einstimmig

Gem. Beratung der nächsten beiden Punkte (Beschluss Nr. 0078 und 0079).

0078 13-V-33-0003

Erfahrungsbericht zur Fördermittelvergabe durch den Ausländerbeirat der
Landeshauptstadt Wiesbaden
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0449 vom 06.10.2011 (11-V-33-0003)

Vors. Spallek bedankt sich für die beiden Berichte.

Stv. Weck hat 2 Fragen und möchte wissen, wie man zu Punkt 3 zu einer solchen Aussage kommt (Wie viel braucht man denn dazu?) und ob es Konsequenzen zu Punkt 4 gibt, wenn keine höhere Fördersumme möglich ist.

Herr Burgmeier erklärt das unterschiedliche Procedere bei institutioneller Förderung und Projektförderung.

Die Projektförderung bezieht sich immer auf Projekte, die zeitlich befristet sind. Es steht ein „Topf“ an finanziellen Mitteln zur Verfügung. Je mehr Projekte gefördert werden, desto weniger institutionelle Förderung ist möglich oder umgekehrt. Das Zusammenspiel muss sich noch einspielen. Das Verfahren ist insgesamt recht aufwendig und schreckt die Antragsteller zum Teil auch ab. Der Ausländerbeirat könnte sich ganz allgemein auch eine höhere Fördersumme vorstellen.

Vors. Spallek kennt die Problematik der lfd. Finanzierung von Projekten. Dieses Problem taucht auch immer wieder im Ortsbeirat bei dortigen Projekten auf.

**Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 03. September 2013**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Dr. Michna weist darauf hin, dass man bei MUSE in eine prekäre Situation komme. Im Jahr 2012 hätte es noch eine Veranstaltung zum Weltfrauentag gegeben - in 2013 endet die Förderung. Er fragt nach, ob man nicht vom Amt aus auf die finanzielle Lage hätte hinweisen müssen.

Vors. Spallek fragt nach, warum es keine Förderung durch den Ausländerbeirat für das Projekt MUSE gäbe.

Lt. Herrn Sekmen hat MUSE in 2013 eine monatliche institutionelle Förderung von 125 € erhalten. Ein Projekt gab es 2013 nicht.

Lt. Herrn Burgmeier kann man immer zum Quartal Anträge auf Förderung stellen.

Herr Knüttel (Dezernat V) bedankt sich für die Idee, mit Mitteln des Ausländerbeirates zu unterstützen, weist aber darauf hin, dass man damit sicher keine großen „Brocken“ bewegen kann.

Stv. Dumont du Voitel fragt nach, ob denn der Leichenwaschraum ein Integrationsprojekt sei, das mit Mitteln des Ausländerbeirates gefördert werden sollte.

Vors. Spallek möchte heute nicht auf Einzelfälle eingehen. Man sollte aber grundsätzlich Dinge nachfragen, wobei er hier eher die Zuständigkeit des Revisionsausschusses sieht.

Herr Burgmeier weist darauf hin, dass man grundsätzlich nachfragen kann, für welche Projekte welche Mittel zur Verfügung gestellt wurden, aber die Entscheidung treffe ein politisches Gremium.

Beide Berichte werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0079 13-F-33-0042

Mittelverwendung des Ausländerbeirats
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 07.05.2013 -

Einstimmig

0080 Bericht der Dezernentin

Am 08.10.2013 wird das nächste Integrationsgespräch zum Thema Integration und Kultur stattfinden.

Dieses Gespräch ist als Auftakt für ein Projekt mit dem Kulturamt und dem Stadtmuseum zum Themenkomplex „Vielfalt in Wiesbaden“ zu sehen.

0081 Verschiedenes

Zu diesem Punkt wird das Wort nicht gewünscht.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Ab 19.05 Uhr bis 20.25 Uhr tagt der Ausschuss nicht öffentlich.

0083 12-F-33-0018

Integrationsbeauftragte in den Ortsbeiräten
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 18.01.2012
-

Von den 8 gewählten Integrationsbeauftragten sind 7 in der Sitzung anwesend. Ein Integrationsbeauftragter hatte sich wegen zeitgleicher Termine entschuldigt.

Nach einer Vorstellungsrunde besteht die Möglichkeit, Fragen an den Ausschuss zu stellen, über die bisherigen Erfahrungen in der Tätigkeit zu berichten und Anregungen zu geben.

Den Integrationsbeauftragten wird außerdem der Entwurf der Orientierungshilfe für ihre Tätigkeit vorgestellt und Punkt für Punkt zur Diskussion gestellt.

Nach einem eingehenden Gedankenaustausch werden die angesprochenen Punkte in dem nachfolgend aufgeführten Beschluss zusammengefasst:

1. Die Ausführungen der anwesenden Integrationsbeauftragten werden zur Kenntnis genommen.
2. Der 1. Entwurf der Orientierungshilfe wird nach eingehender Diskussion mit der Maßgabe zur Kenntnis genommen, dass
 - in Dickpunkt 2 die in Klammern stehende Aufzählung um „Vereine“ ergänzt wird und die Unterstützung von Gewerbetreibenden aufgenommen werden soll,
 - in Dickpunkt 6 der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration ergänzt wird,
 - die Formulierung in Dickpunkt 4 so nicht haltbar ist und rechtlich geprüft wird
 - der Begriff „Integrationsprojekt“ durchgängig durch den Begriff „Integrationsaktivität“ ersetzt wird,
 - und des Weiteren geprüft werden soll, ob die Integrationsbeauftragten eine Diskretionsverpflichtung unterzeichnen sollten.
- 3 Der Magistrat (Dezernat V/Zuwanderungs- und Integrationsamt) wird die Orientierungshilfe überarbeiten und dem Ausschuss im Wege einer Sitzungsvorlage möglichst in der Sitzung am

**Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 03. September 2013**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

10.12.2013 vorlegen, um die endgültige Verabschiedung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.12.2013 zu erreichen.

4. Nach Verabschiedung der Orientierungshilfe wird Frau Stadträtin Scholz alle Ortsvorsteher/innen, die Integrationsbeauftragten, den Ausländerbeirat und den Ausschuss zu einem weiteren Gespräch einladen.

Die Integrationsbeauftragten nehmen ihre Aufgaben bis zur Verabschiedung der Orientierungshilfe weiterhin wie gewohnt wahr.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .09.2013

Vorsitzender

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Spallek

Weck

Koba